

# Auch nach dreissig Jahren, nichts als Widerworte

Daniel Bucher. **Das bedeutendste theoriebildende Organ der Schweizer Linken feierte im vergangenen Juni runden Geburtstag. Wir haben uns durch die inzwischen sechzigste Ausgabe gelesen.**

Ende Juni feierte der Widerspruch mit der sechzigsten Ausgabe sein dreissigjähriges Bestehen. Auch der Beitrag von Elmar Altvater gibt Anlass zur Freude. Fleissige «vorwärts»-LeserInnen wissen, dass sein Name auf dem Einband Grund genug ist, sich ein Exemplar zu kaufen. Dennoch widmen wir uns heute den Beiträgen anderer Autoren. Zum einen, weil wir aufgrund der Fülle an Beiträgen nicht alles in einem Artikel behandeln können und zum anderen, weil wir den LeserInnen auch andere Autoren, erwähnt seien hier Hermann Scheer und Oliver Fahrni, nahebringen wollen.

Die aktuelle Ausgabe behandelt die Themen «Demokratie und Macht» sowie «Energiewende nach Fukushima». Unser Hauptaugenmerk gilt dem zweiten Schwerpunkt, da dieser sich mit einer Kontroverse innerhalb der Linken beschäftigt. Eine Kontroverse die zum einen noch sehr lange andauern wird und zum anderen noch nicht genügend im «vorwärts» beleuchtet wurde. In dieser Hinsicht wird mit dieser Rezension auch ein Versäumnis des «vorwärts» wieder gut gemacht.

Zudem hat sich der «vorwärts» bereits intensiv mit dem arabischen Frühling, ein heikler Begriff da er den unterschiedlich Realitäten dieser Länder keinerlei Rechnung trägt (Samir Amin), beschäftigt. Was allerdings nicht bedeutet, dass es sich nicht lohnt den ersten Teil zu lesen. Besonders das Gespräch mit der ägyptischen Frauenrechtlerin Nehad Abu El Komsan verdient Anerkennung. Zudem lassen sich die Themen im Rahmen des «Widerspruchs» wesentlich ausführlicher behandeln, als das im «vorwärts» möglich wäre.

## Vom Kompromiss zur Kompromittierung

So tragisch die Katastrophe von Fukushima war, führte sie doch zu einem bedeutenden Paradigmenwechsel. Die einstmals belächelten erneuerbaren Energien sind nicht nur salonfähig geworden. Es besteht scheinbar ein allgemeiner Konsens darin, dass den erneuerbaren Energien die Zukunft gehört. Namhafte Unternehmen und politische Parteien sind nun in den früher von der Linken orchestrierten Kanon eingestiegen. Aber unter der Hand gehen die alten Ränkespiele um die Zukunft der Energieversorgung weiter. Sei es nun das Hintertürchen, das der Bund der Atomenergie offen gelassen hat oder die Armee der AtomlobbyistInnen in den USA. Selbst in dem grünen Vorzeigeland Brasilien, das zusammen mit Kanada, Russland und Australien das grösste Potential hinsichtlich erneuerbarer Energien hat, ist ein Ausbau der Kernenergie geplant. Ja, die erneuerbaren Energien werden gefördert, aber die konventionellen noch weit mehr. Bei dem errungenen

Konsens handelt es sich tragischerweise nur um einen Scheinkonsens, der letztendlich auf eine Hinhaltetaktik hinausläuft. Anstelle einer Substitution wird eine Ergänzung angestrebt, die lediglich den zusätzlichen Energiebedarf abdeckt und die grundlegende Struktur des etablierten Energiesystems nicht antastet.

## Des Atoms Kern

Das wahre Problem unter dem Deckmantel dieses Scheinkonsenses sind die unterschiedlichen Systemerfordernisse der konventionellen und der erneuerbaren Energie. Die derzeitigen Strukturen sind auf die Erfordernisse der konventionellen Energie zugeschnitten. Erneuerbare Energien werden jedoch neue Strukturen benötigen und eine Koexistenz der Strukturen ist auf Dauer nicht tragbar. Das bedeutet, dass es zwangsläufig zu einem Strukturwandel kommen muss. Und ein Strukturwandel generiert immer beides: GewinnerInnen und VerliererInnen. Zu den VerliererInnen werden die ProduzentInnen und AnbieterInnen der konventionellen Energie gehören. So verwundert es niemanden, dass gerade VertreterInnen der konventionellen Energie, also die zukünftigen VerliererInnen der Energiewende, Kompromissbereitschaft signalisieren und offiziell eine Win-win-Strategie verfolgen. Diese Kompromissbereitschaft zielt lediglich darauf ab, die konventionellen Energien als die dominante Energieform zu erhalten und den Strukturwandel zu verhindern.

Die verschiedenen Akteure auf der Seite der erneuerbaren Energien müssen sich die Frage stellen, welchem Grundverständnis von Realismus ihr Denken und Handeln unterliegt. Ist es das klassische Verständnis des Möglichen, welches vom Ist-Zustand ausgehend einen Handlungsspielraum definiert und zugleich beschränkt. Oder ist es das Verständnis des Nötigen, welches Perspektiven aufzeigt anhand derer sich der Handlungsspielraum aufbrechen lässt. In ersterem Fall bliebe einem kaum etwas anderes übrig, als auf die kompromissbereiten VertreterInnen der konventionellen Energien einzugehen. Mit rein energiewirtschaftlichen Methoden und Taktiken ist die angestrebte Energiewende nicht nur derzeit nicht machbar, sondern letztendlich auch zum Scheitern verurteilt.

## Die strahlenden PolitikerInnen

Um noch einmal auf das Hintertürchen, das der Bund der Atomlobby offen gelassen hat, zu sprechen zu kommen: Dieses Hintertürchen gibt es eigentlich gar nicht, denn es gibt auch keinen Ausstieg aus der Atomenergie. Der Nationalrat hat lediglich beschlossen, dass bis 2034 fünf Meiler vom Netz genommen werden müssten. Ein Zyniker würde dazu sagen, dass die Schweiz die Laufzeit der Meiler auf sechzig Jahre erhöht hat. Die AKWs Mühleberg und Beznau 2 sind heute seit 40, Beznau 1 seit 42 Jahren in Betrieb. Ausgelegt waren sie ursprünglich auf 30 Jahre. So verwundert es niemanden, dass der älteste Druckwasserreaktor der Welt in Beznau steht. 2010 hatten wir 42 ernste Störfälle in unseren fünf Meilern zu verzeichnen. 2009 waren es noch 25. Jedes andere westeuropäische Land hätte das AKW Mühleberg längst vom Netz genommen. Während die Schweizer Bevölkerung nun also vergeblich auf den Atomausstieg wartet, den uns die Atomlobby und ihre Bundesrätin Doris Leuthard verkauft haben, läuft die Propagandamaschinerie der LobbyistInnen zugunsten der Atomenergie weiter. Hinzu kommt eine schlecht gerüstete und machtlose Schweizer Atomaufsichtskommission. Das Parlament hat auf Betreiben der Stromkonzerne sowohl das Budget als auch die Kompetenzen der Kommission über die Masse beschnitten. Wie Walter Wildi, Professor an der Uni Genf und ehemaliger Präsident der Kommission, sagt: «Die schwache Atomaufsicht ist vermutlich gewollt.» Diese Fakten überraschen wenig, bedenkt man die ungeheure Anzahl bürgerlicher PolitikerInnen in der «Aves» (Aktion für eine vernünftige Energiepolitik) und dem Nuklearforum – zentrale Schaltstelle des Lobbynetzes und mächtiger Apparat, der die Energiepolitik der Schweiz seit Jahren bestimmt. Darüber dient die «Aves» auch als Sprungbrett für die politische Karriere. Johann Schneider-Ammann und Didier Burkhalter waren beide in der «Aves».

## Griechenland vor Einschnitten

Offenbar getrieben von der Angst vor verwehrtten Rettungsgeldern, kündigte die griechische Regierung weitere Einschnitte und «Spar»massnahmen an. So liess der Finanzminister Griechenlands, Evangelos Venilo, verlauten, man werde im nächsten Jahr weiter und energischer im öffentlichen Sektor Kürzungen vornehmen. So sollen etwa mehrere Betriebe geschlossen werden, die von staatlichen Subventionen abhängig sind. Nach Informationen griechischer Medien seien davon mehr als 100 000 Menschen betroffen, denen nun die Arbeitslosigkeit droht.

Hintergrund dieser Ankündigung war eine anstehende Telefonkonferenz des Finanzministers mit Inspektoren von IWF und Europäischer Union. Der Druck zur Zerstörung des Sozialstaates Griechenland hält also weiter an.

INSERAT

## WIDERSPRUCH

Beiträge zu sozialistischer Politik 60

---

### Demokratie und Macht

Volksaufstand und Frauenrechte in Ägypten; Wirtschaftsdemokratie; Links-grüne Perspektiven vs. Nationalkonservatismus; Feminismus, Frauenstreik; Sans-Papiers und Care-Ökonomie; Emanzipatorisches Subjekt; Kapitalismuskritik und Gerechtigkeit

S. Amin, N. Abu El Komsan, W. Spieler, R. Graf, G. Notz, D. Vischer, T. Wüthrich, A. Lanz, A. Krovoza, U. Marti

---

### Energiewende nach Fukushima

H. Scheer: Scheinkonsens 'Erneuerbare Energie'  
O. Fahrni: Atomlobby macht weiter  
E. Altvater: Mit Green New Deal weiterwachsen?  
N. Scherr: Stromversorgung als Service public  
R. Zimmermann: Gewerkschaften zur Energiepolitik  
B. Glättli: Suffizienz und die Verteilungsfrage  
P.M.: Auswege aus der Wachstumsfalle  
C. v. Werlhof: Atomare Katastrophen-Technologie

224 Seiten, Fr. 25.– (Abonnement Fr. 40.–)  
zu beziehen im Buchhandel oder bei  
WIDERSPRUCH, Postfach, 8031 Zürich  
Tel./Fax 044 273 03 02  
vertrieb@widerspruch.ch www.widerspruch.ch